

Februar 2026

Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko



Mexiko nach dem Schlag gegen „El Mencho“: Sicherheitslage, WM-Risiken und Handelsperspektiven

Hans-Hartwig Blomeier/Nikolaus Rischbieter¹

Im Februar 2026 gelingt es mexikanischen Streitkräften, Nemesio Oseguera Cervantes („El Mencho“), den Anführer des mächtigsten Kartells des Landes, festzunehmen und auszuschalten. Unmittelbar darauf folgen koordinierte Vergeltungs- und Machtdemonstrationen: Straßensperren, Brandanschläge und bewaffnete Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Kartellmitgliedern, die rund 60 Todesopfer fordern. Mexikos prekäre Sicherheitslage rückt damit vorübergehend erneut in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit. Die Regierung bemüht sich, rasch Stabilität herzustellen - nicht zuletzt mit Blick auf die bevorstehende Fußball-Weltmeisterschaft 2026. Eine anhaltende Eskalation würde die bereits aufgekommene Debatte über mögliche Spielortverlagerungen weiter anheizen. Zugleich stärkt die Operation die Position der mexikanischen Regierung gegenüber den USA. Die Ausschaltung eines weltweit gesuchten Kartellführers soll Washington Mexikos sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit demonstrieren und Argumente für eine US-Intervention entkräften. Mit Blick auf die anstehende Neuverhandlung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens T-MEC² ist dies von erheblicher Bedeutung, da der T-MEC Mexikos wirtschaftliche Lebensader bleibt. Für deutsche und europäische Unternehmen sind die Aussichten in 2026 in Mexiko grundsätzlich positiv, vor allem wegen der geplanten Modernisierung des EU-Mexiko-Globalabkommens. Kurzfristig erhöht die Gewalt zwar die Unsicherheit, doch eine erneute landesweite Eskalation gilt als unwahrscheinlich. Stärkt die Operation Mexikos Position in den T-MEC-Verhandlungen, wäre dies für in Mexiko ansässige deutsche und europäische Unternehmen vorteilhaft.

Der Sturz „El Menchos“ und die unmittelbaren Folgen

Am 22. Februar 2026 wurde der langjährige Anführer des *Cártel Jalisco Nueva Generación* (CJNG) „El Mencho“, einer der meistgesuchten Kriminellen weltweit³, bei einer Militäroperation mit Unterstützung US-amerikanischer Geheimdienstkenntnisse festgenommen und dabei getötet. Unmittelbar im Anschluss kam es zu koordinierten Vergeltungs- und Machtdemonstrationen des Kartells. In 20 der 32 mexikanischen Bundesstaaten, insbesondere im Kerngebiet des CJNG im Bundesstaat Jalisco mit seiner Hauptstadt und WM-Austragungsort Guadalajara, lieferten sich bewaffnete Gruppen stundenlange Gefechte mit mexikanischen Sicherheitskräften. Straßenblockaden, Brandanschläge und gezielte Angriffe auf Infrastruktur sollten staatliche Handlungsunfähigkeit unterminieren und territoriale Kontrolle symbolisch unterstreichen. Nach offiziellen Angaben waren 30 der insgesamt 61 Todesopfer Mitglieder des CJNG.

Noch am selben Abend gelang es dem Militär, die Kontrolle in den betroffenen Gebieten weitgehend wiederherzustellen. Seither hat sich die Lage oberflächlich beruhigt. Eine landesweite

¹ Hans-Hartwig Blomeier ist der Leiter des KAS-Auslandsbüros in Mexiko, Nikolaus Rischbieter ist Trainee der KAS in Mexiko

² Das nordamerikanische Freihandelsabkommen wird in Mexiko T-MEC (*Tratado entre México, Estados Unidos y Canada*) und in den USA als USMCA (*United States-Mexico-Canada Agreement*) bezeichnet.

³ Die USA setzten ein Kopfgeld in Höhe von 15 Millionen US-Dollar auf „El Mencho“ aus.

Gefährdungslage ist nicht mehr gegeben. Die Ausschreitungen eskalierten nicht zu direkter Gewalt gegen die Zivilbevölkerung oder strategische Infrastruktur und die Straßenblockaden wurden zügig aufgelöst. Der in vielen Landesteilen vorübergehend ausgesetzte Schulunterricht sowie der öffentliche Nahverkehr wurden nach zwei Tagen wieder aufgenommen. Auch die US-Botschaft hob ihre allgemeine Warnung für Mexiko inzwischen auf.

Die relative Eindämmung der Gewalt dürfte auf einer rationalen Kalkulation der verbliebenen CJNG-Akteure beruhen. Der Anreiz, die operative Funktionsfähigkeit der Organisation zu sichern, überwiegt derzeit den Impuls, durch anhaltende paramilitärische Machtdemonstrationen das staatliche Gewaltmonopol offen herauszufordern. Die bevorstehende WM im Juni und anhaltende US-Drohungen einer möglichen militärischen Intervention erhöhen den Druck auf die Regierung erheblich. Bei einer weiteren Gewalteskalation des Kartells wären drastische Gegenreaktionen des mexikanischen Staates wahrscheinlich. Ein solches Vorgehen würde die bestehenden Strukturen des Kartells existenziell gefährden.

Von einer nachhaltigen Entspannung kann gleichwohl keine Rede sein. Das CJNG verfügt über eine franchiseähnliche Struktur mit semi-autonomen regionalen Fraktionen. Selbst nach dem Tod des Anführers bleibt die Organisation daher funktionsfähig. Die koordinierten Vergeltungsaktionen in 20 der 32 mexikanischen Bundesstaaten zeigen, dass das Kartell weiterhin in der Lage ist, sich zu organisieren. Diese Struktur birgt zugleich das starke Risiko interner Machtkämpfe. „El Mencho“ war eine von allen akzeptierte und teilweise sogar verehrte Führungsfigur⁴. Mit seinem Tod ist es nun wahrscheinlich, dass es innerhalb des CJNG zu Spannungen zwischen verbliebenen Führungspersonen kommt, die eine schrittweise Fragmentierung in regionale Untergruppen begünstigen. In dieser Übergangsphase ist mit einem Anstieg der Gewalt – auch durch Machtkämpfe mit rivalisierenden Kartellen - in bestimmten Regionen zu rechnen. Eine erneute landesweite Eskalation oder eine generelle Bedrohung von Zivilisten erscheint derzeit jedoch eher unwahrscheinlich. Bereits die Ereignisse vom 22. Februar deuteten darauf hin, dass die Vergeltungsaktionen bewusst nicht bis zur maximalen Eskalationsstufe geführt wurden. Gleichwohl bleibt das Risiko bestehen, da das CJNG grundsätzlich über die Fähigkeit verfügt, die Gewalt deutlich auszuweiten und auch zivile Ziele ins Visier zu nehmen. Ein solches Vorgehen würde jedoch das Überleben der Organisation massiv gefährden und gilt daher gegenwärtig wenig wahrscheinlich, wenngleich nicht ausgeschlossen.

Die unmittelbare Krisenkommunikation der Regierung um Präsidentin Sheinbaum verlief dabei äußerst unglücklich. Zum Zeitpunkt der Tötung „El Menchos“ und der anschließenden Gewalt befand sich die Präsidentin im Bundesstaat Coahuila, wo sie sich für ihre Sozialprogramme feiern ließ, während das Land kurzfristig in weiten Teilen im Chaos versank. Eine sichtbare Koordination der staatlichen Reaktion von Seiten der Präsidentin erfolgte zunächst nicht. Ihr erster öffentlicher Kommentar beschränkte sich auf einen Tweet, in dem sie erklärte, die Sicherheitsbehörden hätten die Lage unter Kontrolle und würden zeitnah informieren. Für den Zeitpunkt eine gewagte und der Situation unangemessene Aussage. Dieses nicht vorhandene Gespür für den Ernst der Lage stieß in der Bevölkerung verständlicherweise auf deutliche Kritik. Erst am folgenden Morgen äußerte sie sich in ihrer Pressekonferenz ausführlicher, bemühte sich um Beruhigung und stellte eine baldige Rückkehr zur Normalität in Aussicht.

Gleichzeitig fügt sich die Operation in einen sicherheitspolitischen Kurswechsel der Regierung ein. Präsidentin Sheinbaum verfolgt im Vergleich zu ihrem Vorgänger ein deutlich konfrontativeres Vorgehen gegen das organisierte Verbrechen. Dieser Strategiewechsel dürfte jedoch weniger auf politischer Überzeugung beruhen als vielmehr dem erheblichen Druck der USA geschuldet sein. In den USA griff Präsident Trump die Ereignisse am 24. Februar in seiner Rede zur Lage der Nation prominent auf und feierte die Tötung „El Menchos“ als großen Erfolg. Die USA lieferten offenbar entscheidende Aufklärungsinformationen zur Lokalisierung, während die eigentliche Operation von mexikanischen Streitkräften durchgeführt wurde. Für Präsidentin Sheinbaum stellt die Operation in der Beziehung zu den USA einen politischen Erfolg dar. Die mexikanische Regierung verfolgt gegenüber den USA die klare Linie, dass ein militärisches Eingreifen auf mexikanischem Boden unter keinen Umständen akzeptabel ist und gemeinsame sicherheitspolitische Interessen

⁴ Mitglieder des CJNG besangen ihn oft in Balladen und priesen darin seine vermeintlichen „Heldentaten“.

nur im Wege kooperativer Zusammenarbeit erreicht werden können. Die Tötung „El Menchos“ stärkt diese Argumentation und liefert zumindest kurz- bis mittelfristig zusätzliche Argumente gegen eine US-Intervention. Zugleich dürfte sie die Position der mexikanischen Regierung in den bereits angelaufenen Verhandlungen über die Zukunft des T-MEC festigen.

Neuverhandlung des T-MEC als Existenzfrage für Mexiko

Formal handelt es sich bei diesem seit 2020 in Kraft befindlichen Abkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada nicht um eine Neuverhandlung, sondern um eine im Vertrag vorgesehene gemeinsame Revision sechs Jahre nach Inkrafttreten. Gleichwohl deutet vieles darauf hin, dass dieser Prozess faktisch den Charakter einer Neuverhandlung annehmen wird. Präsident Trump hat bereits seit seinem Amtsantritt vor einem Jahr angekündigt, das Abkommen entweder grundlegend neuverhandeln oder auslaufen lassen zu wollen, da es aus seiner Sicht die USA benachteilige. Im Januar 2026 bezeichnete Trump den T-MEC zuletzt sogar als „irrelevant“ für die USA. Eine weitere, von Trump immer wieder favorisierte Option wäre die Aufspaltung des T-MEC in zwei separate bilaterale Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko. In einem solchen Szenario könnten die USA ihre deutlich überlegene wirtschaftliche Verhandlungsposition gegenüber beiden Partnern jeweils noch stärker ausspielen. Für Kanada wie für Mexiko wäre eine solche Lösung deutlich unvorteilhafter. Bisher lehnen Mexiko und Kanada dieses Vorgehen ab - sollte der Druck aus Washington aber zu groß werden, wäre dies nicht mehr auszuschließen.

Die Einschätzung des T-MEC seitens Trump überrascht insofern, als Kanada und insbesondere Mexiko noch vor China inzwischen die wichtigsten Handelspartner der USA sind. Der trilaterale Handelsblock erwirtschaftet knapp 30% des weltweiten BIP. Die Grenze zwischen den USA und Mexiko ist die wirtschaftlich aktivste Landesgrenze der Welt. Der T-MEC bildet das Rückgrat eines jährlichen bilateralen Handelsvolumens von rund 800 Milliarden US-Dollar. Seit 2025 ist Mexiko nicht nur das Land, aus dem die USA die meisten Waren importieren, sondern auch das wichtigste Zielland für US-Exporte. Mexiko ist damit der zentrale handelspolitische Partner der USA, was die demonstrative Abwertung des Abkommens durch Trump umso bemerkenswerter macht.

So bedeutend der T-MEC für die USA ist, so existenziell ist er für Mexiko. Regierungsvertreter wie auch die Opposition betonen in seltener Einigkeit, dass das Abkommen für die mexikanische Wirtschaft eine „Frage von Leben oder Tod“ darstelle. Rund 85 Prozent der mexikanischen Exporte gehen in die USA, mehr als zwölf Millionen Arbeitsplätze hängen von der nordamerikanischen Handelsintegration ab. Das mexikanische Wirtschaftsmodell ist stark auf exportorientierte Industrieproduktion für den US-Markt ausgerichtet. Besonders in der Automobil-, Elektronik-, Maschinenbau- und Agrarindustrie ist der privilegierte Zugang zum US-Markt von strategischer Bedeutung. Darüber hinaus hat der T-MEC maßgeblich zur Attraktivität Mexikos als Standort für ausländische Direktinvestitionen beigetragen. Multinationale Unternehmen nutzen das Land als Produktionsdrehscheibe für den US-Markt. Allein rund 2.000 deutsche Unternehmen sind in Mexiko aktiv, überwiegend mit dem Ziel, Teil dieser nordamerikanischen Lieferketten zu sein.

Die WM 2026 als sicherheitspolitischer Prüfstein

Die USA, Mexiko und Kanada richten vom 11. Juni bis 19. Juli 2026 gemeinsam das größte Sportereignis der Welt aus: die Fußball-Weltmeisterschaft. Mexiko wird dabei zwar „nur“ 13 der insgesamt 104 Spiele austragen, in Mexiko-Stadt, Guadalajara und Monterrey, doch ist die politische Bedeutung dieses Großereignisses für das Land kaum zu überschätzen.

Die Gewalteskalation vom 22. Februar hat die ohnehin geführte Debatte darüber, ob Mexiko in der Lage ist, ein solches Ereignis sicher auszurichten, erneut befeuert. Insbesondere der Spielort Guadalajara, wo es nach der Festnahme kurzfristig zu kriegsähnlichen Szenen kam, steht verstärkt im Fokus. In sozialen Medien wurden Forderungen laut, Mexiko die Spiele ganz oder zumindest Guadalajara als Austragungsort zu entziehen. Selbst die portugiesische Nationalmannschaft kündigte an, ihr für den 28. März angesetztes Testspiel in Mexiko-Stadt aus Sicherheitsgründen überprüfen zu wollen. In ihrer ersten richtigen Stellungnahme am Morgen nach den Ereignissen

betonte Präsidentin Sheinbaum, dass die WM in Mexiko und auch in Guadalajara sicher stattfinden könne.

Allerdings liegt gemäß den Statuten der FIFA die Entscheidung über eine mögliche Verlegung von Spielorten allein beim Weltverband. Dessen Präsident Gianni Infantino erklärte am 25. Februar nach Gesprächen mit lokalen mexikanischen Verantwortlichen, dass die WM weiterhin in Mexiko und auch in Guadalajara stattfinden wird. Trotz dieser formalen Entscheidungshoheit der FIFA wird allerdings auch maßgeblich sein, wie sich die betroffenen Nationalverbände positionieren. In Guadalajara werden neben Mexiko unter anderem Südkorea, Spanien, Kolumbien und Uruguay⁵ antreten. Sollten mehrere Verbände öffentlich Druck auf einen Standortwechsel ausüben, könnte dies den Handlungsdruck auf die FIFA erhöhen. Ein Entzug von WM-Spielen wäre für Mexiko politisch ein schwerer Rückschlag. Bleibt es jedoch in den kommenden Monaten bei einer stabilisierten Sicherheitslage, ist derzeit davon auszugehen, dass die 13 WM-Spiele wie geplant in Mexiko stattfinden werden.

Modernisierung des EU-Mexiko-Abkommens

Aus deutscher und europäischer Perspektive sind die aktuellen Entwicklungen in Mexiko nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch handelspolitisch relevant. Das Jahr 2026 könnte für die europäisch-mexikanischen Wirtschaftsbeziehungen vielversprechend sein, insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Unterzeichnung der modernisierten Fassung des EU-Mexiko-Globalabkommens. Sollte es, wie von beiden Seiten angekündigt, in den kommenden Monaten zur Unterzeichnung kommen, dürfte das Abkommen den Beziehungen zwischen der EU und Mexiko neuen Schwung verleihen und ihnen zusätzliche strategische Bedeutung verschaffen.

Mexiko war im Jahr 2000 das erste lateinamerikanische Land, mit dem die EU ein umfassendes Freihandelsabkommen abschloss. Dieses sogenannte Globalabkommen geht weit über ein klassisches Handelsabkommen hinaus. Es umfasst neben wirtschaftlicher Zusammenarbeit auch Regelungen zur politischen Kooperation, Bezugnahmen auf demokratische Standards sowie einen institutionalisierten Dialograhmen zwischen der EU und Mexiko. Bereits 2018 einigten sich beide Seiten grundsätzlich auf eine umfassende Modernisierung, die Verhandlungen wurden jedoch erst im Januar 2025 endgültig abgeschlossen. Die Modernisierung verändert den Charakter des Abkommens nicht grundlegend, vertieft jedoch den Umfang erheblich. Vorgesehen sind eine weitergehende Liberalisierung von Waren- und Dienstleistungsmärkten, modernisierte Ursprungsregeln, stärkere Bestimmungen im Wettbewerbs- und Beschaffungsrecht sowie neue Kapitel zu digitalem Handel und zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Geopolitisch eröffnet das Abkommen Mexiko die Möglichkeit, seine Handelsbeziehungen breiter aufzustellen und seine Abhängigkeit von den USA zumindest partiell zu reduzieren.⁶ Gleichwohl ist eine realistische Einordnung geboten. Europa kann die USA weder als Absatzmarkt noch als zentralen wirtschaftlichen Partner ersetzen. Dennoch kann das modernisierte Globalabkommen helfen, wirtschaftliche Risiken zu streuen und Mexikos außenwirtschaftliche Verwundbarkeit verringern.

Die aktuelle Gewalteskalation infolge der Tötung „El Menchos“ dürfte die Unterzeichnung des Abkommens nicht gefährden. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass erhöhte Sicherheitsrisiken, etwa durch regionale Gewaltausbrüche, auch für Unternehmen in Mexiko mit zusätzlicher Unsicherheit verbunden sind. Sollten sich die Auseinandersetzungen erneut intensivieren, ist zudem damit zu rechnen, dass Investitionsentscheidungen vorübergehend zurückgestellt werden. Gleichzeitig gilt, dass Gewalt, Erpressung und Korruptionsrisiken seit Jahren strukturelle Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Tätigkeit in Mexiko darstellen. Die jüngsten Ereignisse markieren daher weniger einen grundlegenden Bruch als vielmehr eine temporäre Verschärfung bestehender Risiken. Nationale wie internationale Unternehmen kalkulieren sicherheitsbedingte Mehrkosten bereits betriebswirtschaftlich ein. Trotz der damit verbundenen Margeneinbußen bleibt Mexiko für viele Unternehmen bislang ein wirtschaftlich attraktiver Standort.

⁵ Im März wird feststehen, welche beiden weiteren Nationen ihre Spiele in Guadalajara austragen.

⁶ Für eine umfassende Analyse der Potenziale des EU-Mexiko-Globalabkommens siehe folgende Publikation: [„El potencial de la relación México-Unión Europea“ \(KAS Mexiko, 2025\)](#)

Paradoxe Weise können die aktuellen Entwicklungen aus Sicht deutscher und europäischer Unternehmen sogar indirekt stabilisierend wirken. Die Ausschaltung eines international gesuchten Kartellführers stärkt die sicherheitspolitische Argumentation der mexikanischen Regierung gegenüber Washington. Dies verbessert die Verhandlungsposition Mexikos in den T-MEC Verhandlungen und kann zur Stabilisierung des nordamerikanischen Handelsrahmens beitragen, was damit auch deutschen und europäischen Unternehmen in Mexiko zugutekommt.

Ausblick

Mit der Festnahme und Tötung „El Menchos“ ist der mexikanischen Regierung ein empfindlicher Schlag gegen eine der zentralen Kartellstrukturen des Landes gelungen, auch wenn das Land kurzfristig in eine Phase erheblicher Gewalteskalation geriet und die mexikanische Regierung, wie zuvor, weiterhin keine vollständige Kontrolle über das eigene Staatsgebiet hat. Ob es bei dieser temporären Destabilisierung bleibt oder erneut größere Landesteile zu Schauplätzen gewaltsamer Auseinandersetzungen werden, bleibt abzuwarten. Am wahrscheinlichsten sind in den nächsten Monaten jedoch regionale Machtkämpfe innerhalb des Kartells. Diese könnten punktuelle Gewaltausbrüche auslösen, dürften aber keine landesweite Eskalation oder generelle Gefährdung von Zivilisten nach sich ziehen. Auch für den Handel sind über kurzfristige Beeinträchtigungen hinaus derzeit keine langfristigen negativen Effekte zu erwarten, die über die seit Langem bestehenden sicherheitsbedingten Risiken hinausgehen. Der politische Anreiz, eine erneute Gewaltspirale zu verhindern, war für die mexikanische Regierung selten größer. Mit Blick auf die Fußball-WM 2026 sowie die weiterhin offen artikulierten Drohungen aus Washington, sei es in Form einer möglichen Intervention oder einer Aufkündigung des T-MEC, steht Mexiko unter erheblichem Druck, Handlungsfähigkeit und Stabilität zu demonstrieren. Die Fortführung des T-MEC ist für die mexikanische Regierung wirtschaftlich von existenzieller Bedeutung. Aus deutscher und europäischer Perspektive sind daher 2026 sowohl die Zukunft des T-MEC als auch die Modernisierung des EU-Mexiko-Globalabkommens von zentraler Relevanz. Entwickeln sich beide Prozesse positiv, könnte der Standort Mexiko trotz sicherheitspolitischer Risiken weiter an Attraktivität für deutsche und europäische Unternehmen gewinnen. Zugleich wäre die Modernisierung des Globalabkommens ein wichtiges geopolitisches Signal für eine vertiefte europäisch-mexikanische Partnerschaft in einem zunehmend fragmentierten globalen Umfeld.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier
Leiter Auslandsbüro Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko
hans.blomeier@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)